

Fracking und die Öffentlich-rechtlichen: Erst diffamieren dann leise verdrücken

geschrieben von Admin | 12. Februar 2015

Hier der Link zur Einleitung. Angeblich reagierte der Programmbeirat auf einen FAZ-Artikel, der die reißerische Ankündigung des "Kampagnenjournalismus"-Films auf Arte noch im August 2014, deutlich kritisierte. Doch die Entscheidung der öffentlich-rechtlichen Sender kommt vier Jahre zu spät.

Denn bereits spätestens seit Mai 2011 ist bekannt, dass der "Gasland"-Filmemacher Josh Fox bewusst unwahre Aussagen/Darstellungen in sein Machwerk integriert hat. Das hat der investigative Journalist Phelim McAleer herausgefunden, indem er bei einer Veranstaltung Josh Fox unbequeme Fragen stellte. Im Verlauf der Befragung musste dann Fox eingestehen, dass ihm bekannt war, dass lange vor Fracarbeiten Methan im Grundwasser enthalten war und somit das Phänomen der entflammaren Wasserhähne altbekannt ist (YouTube-Video "Gasland director hides full facts").

Auf diesen Sachverhalt wurde in Forenbeiträgen bei Arte und 3sat teilweise noch vor der Ausstrahlung mehrfach hingewiesen, jedoch wurden diese Hinweise konsequent ignoriert. Dieses Ignorieren hatte fatale Folgen, denn das in "Gasland" Dargestellte und Behauptete wurde von zahlreichen Mitbürgern unkritisch als der Realität entsprechend angenommen.

Das hatte zur Folge, dass die ungefähr zum Jahreswechsel 2010/2011 angelaufene und im wesentlichen auf emotionaler Ebene geführte Debatte um die auch in Deutschland seit Jahrzehnten etablierte Technologie des Hydraulic "Fracking" Fracturing verschärft wurde. Ich bin sogar überzeugt davon, dass es ohne diesen Film, an dem quasi nichts Wahres dran ist (siehe "Fracking in den USA – 'Gasland' und die Fakten" hier ScienceSkeptical), es dies Debatte nicht gegeben hätte. Schließlich beriefen sich bereits vor der Ausstrahlung des Films Medienberichte auf Szenen und Behauptungen aus "Gasland".

Die Debatte, die von durch "Gasland" bzw. durch die genannten Medienberichte verunsicherte Mitbürger angestoßen wurde, erreichte zügig die Politik, angefangen von der kommunalen Ebene bishin zur bundespolitischen. Im Wesentlichen geht es in der Debatte um vermutete, jedoch bislang unerschlossene Erdgasvorkommen in Tongesteinen mit hohen organischen Anteilen ("Schiefergas") sowie untergeordnet in Kohleflözen ("Coal Bed Methane" bzw. "CBM").

Dabei ist zur Erschließung der Schiefergaslagerstätten der Einsatz des Hydraulic Fracturing unumgänglich. In CBM-Lagerstätten kann das Speichergestein durch gebirgsmechanische/tektonische Prozesse bereits ausreichend durchlässig sein, um das in den Kohleflözen enthaltene Erdgas ohne den Einsatz künstlicher hydraulischer Risserzeugung gewinnen zu können.

Aber auch das bereits seit fünf Jahrzehnten (!) in Deutschland ohne umweltrelevante Probleme in Sandsteinen unterschiedlicher geologischer Formationen (Buntsandstein, unterpermisches Rotliegendes sowie Karbon und ganz untergeordnet im Jura) sowie auf dem Gebiet der DDR auch im Staßfurtkarbonat des Zechstein durchgeführte Hydraulic Fracturing geriet in den Fokus der Kritik. Für das Jahr 2011 anberaumte Projekte in den Bohrungen "Bötersen Z11" (Rotliegendes, Landkreis Rotenburg) sowie "Düste Z10" (Karbon, Landkreis Diepholz) sind bis heute nicht umgesetzt worden.

Lediglich in der Erdölbohrung "E Barth 11" in Vorpommern konnte im Jahr 2014 durch geschickte Argumentation des Unternehmens CEP Central European Petroleum GmbH (CEP) eine Mehrfach-Fracbehandlung in der horizontalen Bohrstrecke im Speichergestein (Staßfurtkarbonat) durchgeführt werden. CEP distanzierte sich deutlich vom "Fracking" in Schiefergaslagerstätten.

Dabei muss man bedenken, dass der vor 2010/2011 in Deutschland unbekannt Begriff des "Fracking" als Kurzform für "Hydraulic Fracturing" mittlerweile durch Bürgerinitiativen (BI), Umweltverbände und zahlreiche Medien zur Definition des Gesamtprozesses der Schiefergasförderung umgedeutet wurde. Oder auch nicht. Je nachdem, wie es den Gegnern des weltweit über 2,5 Millionen Mal durchgeführten Standardverfahrens gerade ins Konzept passt.

Da in Deutschland irgendwo immer Wahlkampf ist und die gut organisierten BI, Umweltverbände sowie Journalisten wie der "Solarpreisträger für persönliches Engagement" Jürgen Döschner vom zur Neutralität (!) verpflichteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ARD) es erfolgreich geschafft haben, den Eindruck zu vermitteln, dass der überwiegende Anteil der deutschen Bevölkerung gegen Hydraulic Fracturing eingestellt ist, sah sich die Politik gezwungen, dem vermeintlichen Wählerwillen entsprechend zu handeln.

Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Mehrheit der Deutschen eine ablehnende Haltung gegenüber Hydraulic Fracturing hat. Das ist meiner Ansicht nach eine Folge jahrelanger medialer Desinformation, die mit der unkritischen Berichterstattung über die angeblichen unausweichlichen Folgen der Schiefergasgewinnung begann und sich dabei mit Szenen aus "Gasland" bediente und schließlich in der mehrfachen Ausstrahlung dieses Filmes gipfelte. Wissenschaftler, die über Expertise auf dem Gebiet verfügen, wurden vorsichtshalber nicht in die Berichterstattung einbezogen.

Ohne nachvollziehbaren Grund ist die Politik deshalb bestrebt, die Möglichkeiten zur Durchführung des Hydraulic Fracturings erheblich einzuschränken. Der Satiriker und Kabarettist Dieter Nuhr hat dieses Bestreben folgendermaßen dargestellt:

"Das Umweltbundesamt will das Fracking verbieten, weil sich die Risiken dieser Technologie noch nicht sicher vorhersagen lassen. Also nicht, weil es ein Risiko gäbe, sondern weil es eins geben könnte. [...]"

Dieses Zitat ist einem beim WDR ausgestrahlten Podcast entnommen worden. Nuhr erntete für seinen satirischen Beitrag üble Beschimpfungen aus den Kreisen der selbsternannten "Anti-Fracking-Bewegung", was ich in dem

Beitrag "Wegen Satire: Dieter Nuhr erntet üble Beschimpfungen von "Fracking"-Gegnern" beschrieben habe.

Während die Bundesregierung lediglich infolge der von "Gasland" ausgelösten Debatte wie oben geschrieben die Möglichkeiten zur Durchführung des Hydraulic Fracturings erheblich einschränken will, wollen einzelne Landesregierungen das Standardverfahren komplett verbieten. Eine nachvollziehbare, wissenschaftlich begründete Grundlage dafür existiert jedoch nicht.

Zwar hat bereits die vorangegangene Bundesregierung über das meiner Ansicht nach politisierte/ideologisierte Umweltbundesamt (UBA) eine zweiteilige Risikostudie zum "Fracking" in Auftrag gegeben, aber das Ergebnis, insbesondere des zweiten Teils, entspricht nicht den Vorstellungen des Auftraggebers. Der Geophysiker Prof. Dr. Horst Rüter dazu in seinem bissig-pointierten Beitrag "Fracking – kann die Politik noch sachbezogen handeln?":

"Es wurden Gutachten und Studien in Auftrag gegeben (NRW und UBA 1 und 2). Die Wissenschaftler wurden sorgfältig so ausgesucht, dass sie von Fracking möglichst keine Ahnung hatten, zumindest aber noch nie etwas zum Thema veröffentlicht hatten. Dennoch entstanden überraschenderweise brauchbare Gutachten, die zum größten Leidwesen der Politik deren populistische Positionen nicht begründeten".

Der Chefgutachter des zweiten Teiles, Uwe Dannwolf, widersprach sogar öffentlich der Interpretation des Gutachtens seines Auftraggebers, dem UBA. Dieser Widerspruch wurde in einer kleinen Serie des NDR/ARD Magazins "Panorama" sowie dessen Ablegern thematisiert. Im Rahmen dieser Serie wurde dann auch endlich "Gasland" als das dargestellt, was der Film ist: Hochgradig unseriös.

Einer der Beiträge wurde treffenderweise "Fracking: Die Angst der Politik vorm Bürger" genannt. Ich habe diesen Beitrag bewusst verlinkt, da anhand der unter dem Beitrag zu findenden Kommentare hervorgeht, wie die "Fracking"-Gegner reagieren, wenn sich ein Magazin auf sachlicher Ebene einem heiß diskutierten Thema nähert. Ich denke, es ist überflüssig zu erwähnen, dass einige Kommentare an Niveaulosigkeit, ähnlich wie zum Nuhr-Beitrag, kaum zu unterbieten sind.

Video (in Englisch) zur Befragung der Macher von Gasland durch Phelim McAleer nach den Gründen warum sie die wichtigsten Fakten bezüglich des Methanaustritts aus Wasserhähnen wegließen

NDR/ARD reagierten mit "Die Wucht der Vorwürfe hat uns überrascht"entsprechend irritiert auf die unsachlichen Kommentare der "Fracking"-Gegner. Was ich an dieser Stelle der "Panorama"-Redaktion hoch anrechne ist das Eingeständnis, dass auch sie sich von "Gasland" beeindrucken ließen und die Szene mit den brennenden Wasserhähnen als wahr verkauften. Aber sie hatten den Anstand, diesen Fehler einzugestehen während von Arte und Co. keine Reaktion zu vernehmen war. Auf die Serie der "Panorama"-Redaktion folgte eine Replik der Kollegen vom "Monitor"-Magazin, an der auch der bereits erwähnte Jürgen Döschner beteiligt war. Dazu habe ich mich ausführlich im ScienceSkeptical-Beitrag"Öffentlich-rechtliche Diffamierung von

Wissenschaftlern"ausgelassen. Einen lesenswerten Artikel dazu gibt es auch bei "Die Achse des Guten" mit dem Titel "Fräck ju, Panorama!" von Wolfgang Röhl.

Allerdings erschienen die "Panorama"-Beiträge erst nach der letzten "Gasland"-Ausstrahlung bei Arte. Und diese Ausstrahlung wurde vom grünen Umweltminister von Nordrhein-Westfalen, Johannes Remmel, via Twitter beworben (Filmtipp Remmel). Es ist peinlich, dass von einem Landesminister ein Film beworben wird, der vor nachgewiesenen Unwahrheiten nur so strotzt.

Fataler ist jedoch, dass aufgrund der dank "Gasland" seit inzwischen 4 Jahren anhaltenden Debatte um ein bewährtes Verfahren auf inzwischen sämtlichen politischen Ebenen, die inländische Erdöl-Erdgasindustrie keine Planungssicherheit für Investitionsentscheidungen mehr hat. Dieser Umstand hat zur Folge, dass seit fast vier Jahren keine Fracmaßnahme in Erdgaslagerstätten mehr durchgeführt wurde und Anträge nicht bearbeitet werden, obwohl sich die Gesetzeslage nicht geändert hat. Das wiederum hat zur Folge, dass der seit etwas mehr als 10 Jahren zu verzeichnende Förderabfall beschleunigt hat.

Der ungerechtfertigte Genehmigungsstillstand sowie die wissenschaftlich nicht nachvollziehbaren, da unbegründeten geplanten Erschwerungen der Genehmigungspraxis für hydraulische Stimulationsmaßnahmen haben zudem noch weitere Folgen: Anberaumte Projekte wurden auf Eis gelegt oder sogar komplett in den Orkus geworfen, so dass inzwischen Bohrkontraktoren wie die im niedersächsischen Celle beheimatete ITAG Kurzarbeit einführen mussten oder bei Mitbewerbern wie der KCA Deutag Kurzarbeit ansteht. Hinzu kommt, dass sich der Eigenversorgungsanteil von einst 20 Prozent auf jetzt lediglich nur noch 10 Prozent weiter verringern wird.

Und das alles ohne Not, nur weil es ein längst als unwahr entlarvter Film geschafft hat, große Bevölkerungsteile, von denen sich wiederum einige in Bürgerinitiativen engagieren, zu verunsichern. Diese verunsicherten Bürger haben es wiederum geschafft, teilweise mit befangenen Journalisten, die Politik vor sich herzutreiben, die sogar soweit geht, Ergebnisse von ihr selbst in Auftrag gegebener Studien nicht zu akzeptieren. In anderen Bereichen hätte dies einen politischen Skandal zur Folge, bei dem die Verantwortlichen wie die UBA-Präsidentin Krautzberger (SPD) sowie deren Weisungsbefugte und Parteigenossin, die Umweltministerin Dr. Barbara Hendricks, ihren Hut hätten nehmen müssen. Wenn es um fossile (Energie-) Rohstoffe geht, gelten jedoch anscheinend andere Regeln.

Steven Arndt betreibt die Webseite "Erdöl und Erdgas in Deutschland" übernommen von ScienceSceptical